

Parteirat, 6. September 2008  
Stadtwerke Frankfurt, A 202

**Beschluss: Den Politik- und Regierungswechsel verwirklichen!  
Für ein modernes, gerechtes, ökologisches und nachhaltig  
wirtschaftendes Hessen in einer globalisierten Welt.**

**AntragstellerInnen:** Landesvorstand: Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus), Tarek Al-Wazir (KV Offenbach-Stadt), Jochen Ruoff (KV Bergstraße), Kai Klose (KV Rheingau-Taunus) u.a.

*um Punkt 4 neu erweitert in der Landesvorstandssitzung am 4. September 2008*

**Der Parteirat hat beschlossen:**

1. Der Parteirat bekräftigt die in der „Schlangenbader Erklärung“ von Landesvorstand und Landtagsfraktion genannten inhaltlichen Ziele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen für eine Regierungsbildung. Grundlage für mögliche Verhandlungen ist selbstverständlich unser Wahlprogramm „An Morgen Denken“.
2. Der Parteirat begrüßt, dass sich die hessische Linkspartei am vergangenen Wochenende für die Tolerierung einer rot-GRÜNEN Regierung ausgesprochen hat. Er stellt aber auch fest, dass viele Forderungen und organisatorische Fragen diffus geblieben sind und so bald wie möglich geklärt werden müssen.
3. Der Parteirat stellt fest, dass ein von einer GRÜNEN Landesmitgliederversammlung beschlossener Koalitionsvertrag mit der SPD sowie verbindliche Vereinbarungen mit der Linkspartei über den Landeshaushalt und die Zustimmung zu wesentlichen Gesetzen Voraussetzungen sind, ohne die es die Wahl einer neuen Regierung mit uns nicht geben wird.
4. Der Parteirat stellt darüber hinaus fest, dass es nicht genügt, wenn die SPD zur Befriedung ihrer innerparteilichen Flügel Koalitionsverhandlungen mit sich selbst führt. Wir erinnern daran, dass 41 bzw. 42 Stimmen zur Wahl einer neuen Regierung nicht genügen. Für Allmachtsphantasien der hessischen SPD besteht kein Anlass. Mögliche Koalitionsverhandlungen müssen auf Augenhöhe stattfinden.

5. Der Parteirat bekräftigt, dass vor dem Beginn rot-GRÜNER Koalitionsverhandlungen in den Fraktionen von SPD, GRÜNEN und Linkspartei durch geheime Probeabstimmungen festzustellen ist, ob die drei Fraktionen – vorbehaltlich erfolgreich abgeschlossener Koalitionsverhandlungen – die notwendige Mehrheit gewährleisten können, um Andrea Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zu wählen und eine von ihr geführte Regierung zu bestätigen.
6. Der Parteirat bestätigt ausdrücklich den Anspruch der Umweltpartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf das Vorschlagsrecht über Zuschnitt und Besetzung des Umweltministeriums. Über die weiteren Bereiche, in denen wir zusätzlich – auch personell – Verantwortung übernehmen, wird zu verhandeln sein.
7. Der Parteirat beauftragt die vom Landesvorstand eingesetzte Verhandlungsgruppe, die Verhandlungen mit SPD und Linkspartei zu führen und darauf hinzuwirken, dass eine Landesmitgliederversammlung am 2. November 2008 über einen rot-GRÜNEN Koalitionsvertrag entscheiden und die Wahl einer neuen Landesregierung im November durchgeführt werden kann.
8. Der Parteirat betont, dass die Linkspartei vor der Wahl einer neuen Regierung in ihren Gremien abschließend entschieden haben muss, ob und in welchen Punkten sie eine neue Regierung dauerhaft verlässlich unterstützt. Für ein langfristiges Gelingen einer rot-GRÜN-roten Kooperation sind schriftliche Vereinbarungen der drei die künftige Regierung tragenden Parteien für die weitere Legislaturperiode zwingend notwendig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind bereit Verantwortung zu übernehmen, aber nicht um jeden Preis. Für Fahrten in einem knallroten Gummiboot oder Himmelfahrtskommandos stehen wir nicht zur Verfügung.

**Begründung:**

erfolgt mündlich.